

„Nicht sicher“

INFO-ABEND Anwalt zur Lage afghanischer Asylbewerber

ALSFELD (gsi). Sie stellen nach den System die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe in Deutschland: Menschen aus Afghanistan fliehen immer häufiger aus ihrem Land, das die Bundesregierung in weiten Teilen als sicher eingestuft hat. Deshalb wächst unter den afghanischen Flüchtlingen die Angst, sie fürchten um ihre Bleibeperspektive.

Mit dem Rechtsanwalt Victor Pfaff hatten Pro Asyl und Caritas am Samstagabend einen Kenner ins katholische Pfarrzentrum eingeladen. Etwa 150 Menschen aus dem ganzen Kreis – Flüchtlinge sowie ehrenamtliche Helfer – waren gekommen, um zu erfahren, was man tun kann, damit Asylansträge von Afghanen Erfolg haben. Seine Ausführungen wurden für die Flüchtlinge übersetzt.



Victor Pfaff

Schon zu Beginn zeigte sich der Anwalt zuversichtlich, dass die Ablehnungs- und Abschiebepolitik des Innenministeriums für Flüchtlinge aus Afghanistan keinen Bestand haben wird. Zu groß seien an anderen Stellen die Bedenken. Dass Afghanistan längst kein sicheres Herkunftsland ist, führte nicht nur Pfaff aus, sondern wurde auch in den Schilderungen vieler Anwesender deutlich, die von tagtäglichem Gewalt auch gegenüber der Zivilbevölkerung berichten. „Es wird täglich getötet und es wird täglich gestorben“, wusste eine afghanische Frau von Schilderungen aus ihrem Heimatland und ergänzte: „Wir kommen nicht aus wirtschaftlichen Gründen, wir kommen, weil wir in Afghanistan nicht sicher sind.“

Doch wie definiert sich Sicherheit? Ein Argument der Regierung sei, so Pfaff, dass mindestens 50 Prozent der Bevölkerung eines schutzwürdigen Landes in Gefahr sein müssten. „Dann wären im Zweiten Weltkrieg auch Stalingrad, Berlin und Dresden sichere Orte gewesen“, so der Anwalt, der dies als unhaltbares Argument betrachtet und in Verhandlungen auch anführt. Auch die Quote der bisher ankerkantten afghanischen Flüchtlinge von 77 Prozent 2015 zeige deutlich, dass Afghanistan selbst vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht als sicher eingestuft werde. Ebenso verwies er auf die Sicherheitswarnungen für Afghanistan auf der Website des Außenministeriums: „Warum sollte ein Land, das für Deutsche unsicher ist, für Afghanen sicher sein?“, fragte Pfaff.

Der Einstufung als sicheres Herkunftsland lägen in der Regel die Ablehnungszahlen zugrunde: Werde in ein Land vermehrt abgeschoben und würden Anträge nicht bewilligt, gelte es als sicher. „Es ist an ihnen, dafür zu sorgen, dass die derzeitige Quote nicht gedrosselt wird“, forderte der Anwalt die Flüchtlinge und ihre Berater auf. Dazu müsse man sich auf den Anhörungstermin gut vorbereiten – und zwar nach „europäischen Vorstellungen“: Dazu gehörten ein lückenloser Lebenslauf, eine nachvollziehbare Fluchtgeschichte mit konkreten Angaben und eine gute Vorbereitung. Er riet den Flüchtlingen unbedingt zur Ehrlichkeit.

In einem zweiten Block ging Pfaff auf die besondere Situation der abgelehnten, doch geduldeten Flüchtlinge ein. Dies betreffe besonders junge, arbeitsfähige Männer, die man gerne zurück-schicken wolle, in dem Glauben, die könnten sich schon irgendwo durchschlagen. Innen riet Pfaff, einen Folgeantrag zu stellen, da die Situation in Afghanistan sich in den letzten Monaten nachweislich verschlechtert statt verbessert habe. Auch hier gelte für die Anhörung eine gute Vorbereitung. Die von der Bundesregierung für sicher erklärten Gebiete wie Kabul oder Masar-e Scharif sowie einige Provinzen böten keine Schutzalternativen – besonders dann nicht, wenn der Flüchtling dort keine familiären Kontakte habe. Minderjährige, Frauen und Kinder würden derzeit auch weiterhin von Abschiebungen verschont, berichtete der Anwalt.

Die Rückfragen aus dem Publikum waren groß. Zum einen beantwortete der Anwalt ganz praktische Fragen, zum anderen wurden in vielen Wortmeldungen auch die Verzweiflung und die Unsicherheit der afghanischen Flüchtlinge deutlich. Viele von ihnen fühlten sich im Vergleich mit syrischen Flüchtlingen benachteiligt, dabei sei ihr Land schon viel länger im Krieg. Auch die lange Dauer des Verfahrens bereite den Flüchtlingen Sorge. Ihre Lage ist angespannt, ihre Angst vor Ablehnung und Abschiebung deutlich spürbar.

Der Anwalt zeigte sich zuversichtlich: Bei guter Vorbereitung und bei Betrachtung zahlreicher bisheriger Urteile und Einschätzungen von Ämtern und Gerichten werden seiner Einschätzung nach Abschiebungen nach Afghanistan Einzelfälle bleiben. Zum Abschluss der Veranstaltung rief Pfarrer Walter Bernbeck von Pro Asyl die Afghanen auf, diese Zeiten gemeinsam durchzustehen und nicht jeder für sich allein zu kämpfen. „Ihr wollt alle dasselbe, und ihr solltet euch gegenseitig dabei unterstützen.“